

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

9.5.1923 (No. 107)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. Amend  
Karlsruhe.

**Bezugspreis:** In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Mai 6000 M. — Einzelnummer 200 M. — Anzeigengebühr: 125 M. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Vielfach und weiter frei. Bei Wiederholungen laufende Abrechnung, die als Kassentakt gilt und verrechnet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizip. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerbeständen, zwangsweiser Verteilung und Kontoverfahren soll der Abdruck fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Örtliche Sonderzuschläge.

\*\* In Nr. 23 des soeben erschienenen Reichsbesoldungsblattes hat der Reichsfinanzminister die Orte bekannt gegeben, an welche Beamte und staatliche Angestellte, Ruhegehaltsempfänger und Witwen vom 1. März 1923 an örtliche Sonderzuschläge neu erhalten oder an denen die schon gegebenen Zuschläge erhöht werden. Die Bekanntmachung bildet den Abschluß langwieriger Verhandlungen, die in den letzten Wochen zwischen der Reichsregierung, den Ländern und den Organisationen geführt worden sind. Ihr Ergebnis ist für das Land Baden nicht ungünstig. Örtliche Sonderzuschläge werden in Baden künftig an 555 Orten statt bisher 119, also an 436 Orten mehr gewährt. Auch sind die Zuschläge, die bisher schon gegeben worden sind, durchweg und zum Teil recht erheblich erhöht worden. Erstmals ist in dem Grenzland Baden die Gewährung örtlicher Sonderzuschläge nach Posen oder Wirtschaftsbereichen in nicht unerheblichem Umfang erreicht worden. Wie es bei derartigen Regelungen aber stets der Fall sein wird, so konnten auch diesmal nicht alle Wünsche berücksichtigt werden, zumal da der Rahmen für die Gewährung eines Zuschlags eng begrenzt war; er war beschränkt auf das besetzte und unmittelbar angrenzende Gebiet im Westen, ferner auf die Nähe bestimmter Landesgrenzen und auf Vororte einer Stadt mit örtlichem Sonderzuschlag. Im Binnenland selbst sind nur ganz wenige Orte berücksichtigt worden und nur da, wo ein sehr erheblicher Unterschied zwischen Beamtengehalt und Eisenbahnergehältern bestand. Überhaupt waren bei dieser Aktion nicht die Steuerungsverhältnisse, sondern in erster Reihe die Anpassung der Gehälter an die Löhne der Staatsarbeiter für die Gewährung örtlicher Sonderzuschläge maßgebend.

#### Einkommensteuer und Geldwertengesetz.

\*\* Der durch das Geldwertengesetz dem § 33a des Einkommensteuergesetzes angefügte dritte Absatz läßt zu, daß an Stelle der im ersten Absatz vorgesehenen, in der Hauptsache den bisherigen Vorschriften entsprechende Bewertung in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben die am Schlusse des Geschäftsjahres oder Wirtschaftsjahres vorhandenen Bestände zu zwei Dritteln mit den Werten am 1. April 1923 und am Schlusse des vergangenen Wirtschaftsjahres angelegt werden können, zu einem Drittel dagegen mit 40 vom Hundert der am Schlusse des Geschäftsjahres geltenden Marktpreise. Das Anwendungsgebiet dieser Bestimmung ist jedoch eingeschränkt durch den Absatz 4 des genannten Gesetzesparagrafen, der ihre Anwendung für die Fälle ausschließt, in denen die Bewertung nach den Vorschriften des Absatzes 3 dem Grundsatze des § 137 Absatz 2 der Reichsabgabenordnung zuwiderläuft. Dieser Grundsatz verlangt, daß jede wirtschaftliche Einheit für sich bewertet und ihr Wert im ganzen festgestellt wird. Ein landwirtschaftlicher oder gewerblicher Betrieb stellt ebenfalls eine wirtschaftliche Einheit dar, deren Wert nicht lediglich dadurch gefunden werden kann, daß die Werte der einzelnen Bestandteile — ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zum Gesamtbetrieb — festgestellt und zusammengezählt werden. Die Bewertung muß vielmehr stets auch das Gesamtunternehmen ins Auge fassen und einen Wert zu finden suchen, bei dem das Unternehmen als Ganzes gewürdigt wird. Ist dieser Wert offensichtlich höher als der, der sich nach den Vorschriften des § 33a Absatz 3 des Einkommensteuergesetzes ergibt, so finden diese Vorschriften keine Anwendung.

Ferner sei bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß der Reichsfinanzminister zur Vermeidung von Härten, die infolge der beschriebenen Verabschiedung des Geldwertengesetzes entstehen könnten, für die Übergangszeit folgende Erleichterung zugelassen hat: Der Zuschlag von 15 v. H., der nach Artikel III § 1 des Geldwertengesetzes zu entrichten ist, wenn eine Zahlung nicht rechtzeitig geleistet wird, soll dann nicht erhoben werden, wenn Zahlungen, die im Monat April 1923 zu leisten waren, noch im Monat Mai 1923 geleistet werden. Läßt jedoch der Steuerpflichtige auch diese Frist ungenützt verstreichen, so wird der Zuschlag nicht erst für die Zeit vom 1. Juni 1923 an, sondern schon für den Monat Mai erhoben.

#### Zahlung der Wohnungsabgabe.

\*\* Nach dem Gesetz über die Änderung des Wohnungsabgabengesetzes vom 13. April 1923 werden künftig auch zu der Wohnungsabgabe Zuschläge erhoben, wenn die Zahlung nicht auf die Zeitpunkte erfolgt, die für die Entrichtung der Abgabe vorgeschrieben sind. Die Zuschläge betragen bei rückständigen Beträgen bis einschließlich 5000 M. bis zu 2 v. H. jährlich, bei rückständigen Beträgen über 5000 M. 20 v. H. monatlich; angefangene Monate werden dabei voll gerechnet. Die Zuschläge sollen nach der demnächst erscheinenden Vollzugsverordnung vom 1. Juni 1923 an erhoben werden, und zwar erstmals von allen Beträgen, die vor diesem Zeitpunkt fällig geworden, aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht bezahlt sind.

### Das Urteil im Krupp-Prozess.

20, 15 und 10 Jahre Gefängnis — 100 Millionen Mark Geldstrafe.

Werden, 8. Mai.

Seibe Schussfransen wurden bejaht.

Krupp wurde zu 15 Jahren Gefängnis und 100 Millionen Mark, Direktor Bruhn zu 10 Jahren Gefängnis und 100 Millionen Mark, Direktor Hartwig zu 15 Jahren Gefängnis und 100 Millionen Mark, Direktor zu 15 Jahren Gefängnis und 100 Millionen Mark, Direktor zu 15 Jahren Gefängnis und 100 Millionen Mark, die abwesenden Direktoren Scheffer, Bauer, Schröpfer und Rung zu je 20 Jahren Gefängnis und 100 Millionen Mark, das Betriebsratsmitglied Müller zu 6 Monaten Gefängnis (ohne Geldstrafe) und der abwesende Werkmeister Groß zu 10 Jahren Gefängnis und 50 Millionen Mark, die Diebe des Motorrades, Gerlich, Smuda und Sergenicht, zu je 2 Monaten Gefängnis unter Einrechnung der Untersuchungshaft verurteilt.

Dazu schreibt die „N. W. Wöztg.“ folgendes:

Man hat seit der Ausbreitung schon viele grausame Urteile der französischen Justiz erlebt. Dieses Urteil von Werden sei allen die Krone auf. Den ungeheuerlichen Anträgen des Anklägers entspricht das ungeheuerliche Urteil, es geht in den Geldstrafen noch über die Anklageforderungen hinaus und verurteilt auch die abwesenden Angeklagten zu 20 Jahren Gefängnis. Es gibt keine Worte, die juristisch wie menschlich gleich unmöglichen Urteile zu kennzeichnen. Die Tatsachen sagen alles darüber. Am Osterfesttag wird die Autobahn bei Krupp von französischem Militär besetzt. Auf Grund einer allgemeinen Vereinbarung zwischen Direktion und Betriebsausschuss werden die Sirenen geblasen, um die Arbeiterschaft vor dem Vorfall in Kenntnis zu setzen. Die Arbeiterschaft versammelt sich vor der Halle, verhält sich aber ruhig und besonnen. Die kleine französische Abteilung wird allmählich nervös, und schließlich gibt der Offizier den Befehl zum Schießen. Zahlreiche Tote und Verletzte sind die Opfer. Dem Franzosen geschieht nichts. Der französische Offizier wird von seinem General belobt. Die Krupp-Direktoren und das Betriebsratsmitglied Müller, welche für besondere Haltung gewirkt haben, sowie der Vorsitzende des Aufsichtsrats Krupp von Bohlen und Halbach werden des Komplotts gegen die Befragung angeklagt und nun zu den oben mitgeteilten Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt. Hier ging Gewalt vor Recht. Wird die Welt auch bei diesem Urteil gleichgültig bleiben?

#### Ein Zwischenfall.

Am Schluß der Verhandlung kam es noch zu einer erregten Szene. Nach der Replik des Staatsanwalts erhebt der Genfer Anwalt, Verteidiger Moriaud sich in größter Erregung und jagt, das französische Volk wolle Gerechtigkeit und Recht, das französische Volk wolle nicht, daß man einen Mann schuldlos verurteilt. Wenn der französische Staatsanwalt behauptet, daß eine Mordkommission zur Befragung von Franzosen bestimme und daß der Offizier, der diese Mordkommission befehligt, von der Firma Krupp bezahlt wird, so ist das eine Verleumdung und so läßt er.

Kapitän Duvert springt empor und protestiert mit harten Worten gegen den Vorwurf der Lüge. Der Vorsitzende versucht zu vermitteln und der Verteidiger Moriaud nimmt seinen Vorwurf zurück.

Damit schließt die Verhandlung und der Gerichtshof zieht sich zur Beratung zurück, die über zwei Stunden dauert. In dem bis auf den letzten Platz gefüllten Gerichtssaal herrscht eine ungewohnte Spannung.

Unter lautloser Stille verfließt gegen 6 Uhr Oberst Perronnel das Urteil. 48 Stunden ist als Revisionsfrist festgesetzt. Das Urteil löste beim Publikum lärmendes Entsetzen aus. Auch in Essen, wo das Urteil nach einer Stunde bekannt wurde, herrschte große Empörung. Wahrscheinlich wird eine Sympathiebewegung der Essener Bürgererschaft für Krupp und die verurteilten Direktoren eingeleitet werden.

#### Der Reichspräsident an die Verurteilten.

Reichspräsident Ebert hat an das Direktorium und den Betriebsrat der Krupp-Werke telegraphisch, daß er aufs tiefste empört die Nachricht von dem Wadstypus des französischen Militarismus erhalten habe, der die unerhörten schweren Freiheitsstrafen verhängt habe. Dieser jeder Menschlichkeit höhnpredigende Gewaltakt werde überall, wo noch Gefühl für Recht und Gerechtigkeit bestehe, mit Entrüstung und Verachtung aufgenommen werden und in der Geschichte der Völker als eines der hauptsächlichsten Beispiele rotester Unterdrückung des Rechtes durch brutale Gewalt weiterleben.

#### Der badische Staatspräsident

hat aus Anlaß des Werdener Urteils an das Direktorium und den Betriebsrat der Kruppwerke in Essen folgendes Telegramm geschickt:

Das gegen Krupp von Bohlen und Halbach und Angehörige der Kruppwerke ergangene blinde Urteil der französischen Militärjustiz ruft auch im Lande Baden heftige Empörung hervor. Solch offenkundiges Justizverbrechen ist für die Welt die beweiskräftigste Verleumdung der angeblich friedlichen Bestrebungen französischer Politik. In Vereinbarung mit den Gefühlen des badischen Volkes übermitteln die badische Regierung den Ausdruck der Anteilnahme an dem erlittenen Unrecht. Der Staatspräsident: Kemmerle.

#### Die französische Justiz als Dirne des französischen Militarismus.

Eine amtliche deutsche Feststellung.

Ein französisches Kriegsgericht verurteilte in Werden a. d. Ruhr, wo es nach Recht und Friedensvertrag nichts zu suchen hat, den Chef der Firma Krupp, Krupp v. Bohlen und Halbach, zu 15 Jahren Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe, acht leitende Beamte der Kruppwerke zu Gefängnisstrafen zwischen 20 und 10 Jahren und je 100 Millionen Mark Geldstrafe und ein Betriebsratsmitglied zu sechs Monaten Gefängnis. In unerhörter Vertauschung der Rollen haben Verbrecher über ihre eigenen Opfer zu Gericht gesessen und ein Urteil gesprochen, das die erste Untat durch eine zweite verdecken soll. Das Gericht, das kein Gericht ist, weil es keine Spur von Recht hat, auf deutschem Boden Recht zu sprechen, fällt ein Urteil, das kein Urteil ist, sondern eine reine Gewalttat. Nicht die Körper der 14 deutschen Arbeiter, die am Karfreitag dem französischen Militarismus zum Opfer fielen, hat die französische Militärjustiz verurteilt, sondern zehn ehrenhafte vaterlandsliebende deutsche Bürger, Männer, die nicht einmal an der friedlichen Demonstration der Krupparbeiter gegen den militärischen Raubüberfall auf ihre Arbeitsstätten beteiligt waren, wurden mit maßlosen Strafen belegt. Mit einem Schrei des Entsetzens wird dieses Schreckensurteil in Deutschland aufgenommen. Mit einem Schrei der Empörung muß es in der ganzen Welt, wo nicht das Gefühl für Menschlichkeit ausgestorben ist, zurückgewiesen werden. Nicht das Recht finden geht es hier für das französische Militärgericht, sondern sich in den Dienst machthungriger Gewaltpolitzer stellen. Die französische Justiz hat sich damit unverhüllt zur Dirne des französischen Militarismus erniedrigt. Die Richter verurteilten sich selbst. Niemand wird ihnen den Platz an dem Kranger nehmen, auf den sie sich selbst gestellt haben. Das Ruhrgebiet und das Rheinland werden — das sind wir gewiß — auch diesem beispiellosen Terror ihrer Beamten nicht erliegen, sondern in gleicher Treue und Opferwilligkeit, die bisher alle Schichten der Bevölkerung an den Tag gelegt haben, ausstehen, bis Recht wieder Recht geworden ist.

#### Die Eisenbahnerverfolgung.

Die Franzosen sehen auf der einen Seite ihre Bemühungen fort, die Eisenbahner durch Verhandlungen und gutes Zureden für Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit zu gewinnen, auf der anderen Seite nehmen die Verurteilungen von Eisenbahnern und ihre Ausweisungen kein Ende. Die erörterten Bemühungen bleiben nach wie vor ganz erfolglos. Immer wieder kommen „letzte Aufforderungen“, die Arbeit wieder aufzunehmen, und immer wieder wird die Frist verlängert. Ein schwerer Mißerfolg war für die Franzosen die sogenannte Eisenbahnerversammlung am letzten Donnerstag in Mainz. Der einzige Erfolg bestand schließlich darin, daß der „Mainzer Anzeiger“ einen von französischer Seite gekommenen Bericht, ohne Kennzeichnung der Herkunft, abdruckte, einen Bericht, den alle anderen Zeitungen hier und in Wiesbaden abgelehnt hatten. Dabei war der Schwindel, in diesem Bericht so die aufgetragen, daß selbst die Darstellung des „Ciao du Min“ weit dahinter zurückblieb. Es muß leider hier einmal festgestellt werden, daß dieser „Mainzer Anzeiger“, nachdem seine verantwortlichen Leiter ausgewiesen worden sind, beinahe mehr als französisches denn als deutsches Nachrichtenorgan erscheint, offenbar aus Verlognis vor weiteren Maßregelungen. Solche Vorfälle sind fast noch gefährlicher als gar keine Presse.

In den letzten Tagen sind wieder weit über hundert Eisenbahner mit ihren Familien ausgewiesen worden. Gleichzeitig wurden achtzehn Eisenbahner mit Gefängnisstrafen belegt, die vielfach sechs, acht und zehn Jahre betragen. Die rheinischen Eisenbahner werden sich dadurch nicht beugen lassen. Wie der „Kölnischen Zeitung“ aus Trier gemeldet wird, haben die Franzosen aus dem benachbarten Grenz 50 Eisenbahnerfamilien aus ihren Wohnungen (sowohl Privat- wie Dienstwohnungen) vertrieben, ohne daß ihnen die geringste Möglichkeit gelassen wurde, irgend etwas von ihrer Habe mitzunehmen. Die Frist zum Verlassen der Wohnungen betrug zehn Minuten.

Die in Kreisfeld-Oppe von der Ausweisung betroffenen 181 Eisenbahnerfamilien sind sämtlich in Wohnungen untergebracht worden. Das Übernachtungsgebäude in Hohenbuckern, in dem zurzeit 50 ledige Eisenbahner und 10 Familien wohnen, war bis Samstag 10 Uhr zu räumen. Der Konjunkturverein und der Kantinenwirt müssen ebenfalls räumen.

Die Rheinlandkommission hat am Montag 295 neue Beamtenausweisungen vorgenommen.

#### Umgruppierung der Invasionstruppen.

In den letzten Tagen wurde im Industriegebiet eine starke Umgruppierung der Besatzungstruppen vorgenommen. Die in Buer und Umgegend stationierten französischen Truppen sind abtransportiert und durch Belgier ersetzt worden, so daß das ganze Gebiet zwischen Rhein-Gerne-Kanal und Lippe östlich bis Westerbalk unter belgische Befehlsgewalt gekommen ist. Dafür ist der südlich des Kanals gelegene Ort Wanne mit einem Bataillon Franzosen belegt worden. Die bisher von jeder Besatzung noch freigebliebene Stadt Wattencheid hat gestern ein französisches Fußballkommando erhalten. Der Ballon ist im Stadtpark zur Aufstellung gebracht. Die Sol-

data, etwa 200 Mann, wurden in einer Volksschule einquartiert. Zum Offizierskasino ist eine Gastwirtschaft bestimmt worden.

In Wanne ist der in der Heimkehrer-Oberschleiferbewegung stehende Wirt Renapace verhaftet worden. Die Verhaftung ist auf die Denunziation von Radikalpolen zurückzuführen. Nach zwei deutschen Kriminalbeamten wurde ebenfalls gefahndet. Diese waren jedoch in Wanne nicht mehr zu ermitteln.

## Politische Neuigkeiten. Deutscher Reichstag.

Beginn 2 Uhr nachmittags.  
Der Antrag der bürgerlichen Parteien auf Verlängerung des Vorgesetzes vom Februar d. J. (Ermächtigung der Reichsregierung zu außerordentlichen Bestimmungen gegen Bücher, Schenker und Spekulation) bis zum 31. Oktober d. J. steht zunächst auf der Tagesordnung.

Abg. Baatz (K.) betont, das Gesetz habe sich als wirkungslos erwiesen, denn Bücher und Schenker seien nicht gebrochen, und die Devisenspekulation gehe weiter. Dazu seien die Lebensmittelpreise weit über den Dollarstand hinaus gestiegen. Das Gesetz mache nur dem Volk etwas vor. Mit diesem Gesetz sei es genau so wie mit dem Gesetz zum Schutze der Republik. Die Reaktion mache sich breiter als je zuvor, und selbst der Reichswehrminister habe bei der Doberlitzer Feier es sich nicht vertragen können, den Worten Hindenburgs zu lauschen. Seine Partei lehne das Gesetz ab.

Das Gesetz wird darauf in erster Lesung angenommen.

In der 2. Lesung beantragte Abg. Dr. Ferry (S.) Abkürzung des Endtermins auf den 31. Juli d. J.

Abg. Schulz-Strömberg (Dn. Sp.) hält demgegenüber den 31. Oktober für das Mindestmaß des Zulässigen und würde eher für eine Verlängerung sein.

Antrag Ferry wird sodann abgelehnt und der Antrag in seiner ursprünglichen Form angenommen.

Zum Haushalt des Allgemeinen Pensionsfonds  
in dem u. a. die Zuwendungen an Militärrentenempfänger von 58 Milliarden auf 368 Milliarden erhöht werden, führt Abg. v. Gallwitz (Dn. Sp.) Klage darüber, daß die Offiziere bei der Pensionszahlung ungleich behandelt würden und vielfach ungebührlich lange auf die Pensionszahlung warten müßten. Der Haushalt wird in 2. Lesung genehmigt.

Es folgt der  
Haushalt des Friedensvertrages.

Der Ausschuss legt eine Entschliebung vor, welche die Schaffung von Dauerwohnungen für die Flüchtlinge fordert, eint. durch den Ausbau von Kasernen oder anderen reichs eignen Gebäuden, und Zuschüsse und Beihilfen zum Bau von Flüchtlingswohnungen an die Länder oder Körperschaften des öffentlichen Rechts. Privatunternehmungen sollen aber ausgeschlossen sein.

Abg. Dernburg (Dem.) polemisiert gegen die Behauptung Poincarés, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei, und sagt, dies sei eine Verleumdung. Wenn Poincaré gesagt habe, der schnelle Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte sei ein Beweis für den schlechten Willen Deutschlands, seine Verpflichtungen zu erfüllen, so sei es Tatsache, daß die Kosten des Wiederaufbaus unserer Handelsflotte noch nicht 1 Prozent dessen betragen hätten, was Poincaré vorgezeichnet habe.

Der Etat wird sodann genehmigt, ebenso die Entschliebung.

Es folgt die dritte Lesung des Gesetzentwurfs über den verstärkten Versammlungsschutz.

Abg. Warmuth (D. Natl.) bedauert, daß die Bestrafung der Absicht, eine Versammlung zu sprengen, in der zweiten Lesung beseitigt sei, und beantragt Hinzufügung des Satzes: „Der Versuch ist strafbar“. Abg. Prottau (Dem.) beantragt zugleich im Namen des Zentrums, dem Gesetzentwurf nachstehende Fassung zu geben: „Wer in nichtverbotenen Versammlungen oder in nichtverbotene Anzüge oder Kundgebungen Gewalttätigkeiten in der Absicht begeht, die Versammlung, den Aufzug oder die Kundgebung zu sprengen, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.“

Abg. Kemmele (Komm.) erklärt, es sei im Hause noch nie so viel gehandelt worden, wie in dieser Angelegenheit. Dieselben Leute, die hier für Ordnung und Ruhe eintreten, lassen durch ihre falschlichen Anhänger in München friedliche Kundgebungen mit Handgranaten sprengen und auf Arbeiterversammlungen Geschütze richten. Die bayerische Polizei sei solidarisch mit den Faschistenbanden. Die Vorlage solle nur den Widerstand der Arbeiter gegen die Faschistenorganisationen unmöglich machen. In Preußen herrichten ähnliche Verhältnisse wie in Bayern. Redner kritisiert in heftigster Weise die Vorgänge im Landtage.

Abg. Gräfe (Deutschörtl.) spricht in ironischen Worten am Grabe dieses unschuldigen Gesetzes allen bürgerlichen Parteien,

die sich so stolz als seine Väter vorlämen, sein hergähntes Beileid aus.

Abg. Levy (Soz.) lehnt das Gesetz auch in der abgeänderten Fassung ab. Es solle nur die Richter ermutigen, schärfer gegen die Arbeiter vorzugehen.

Damit schließt die Aussprache. Der Antrag Warmuth wird abgelehnt, der Antrag Prottau und Bell gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. In der Schlussabstimmung wird dann die Vorlage mit dieser Änderung gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten endgültig genehmigt.

Der Gesetzentwurf über die Beseitigung kleiner im Rechtsschuldbuch eingetragener Forderungen geht an den Rechtsausschuss. In der Debatte wendet sich der Abg. Dr. Schilling gegen die Absicht, den Kleinbesitzern der Kriegsanleihe, die feinerzeit zu hochwertigem Geld geleisteten Beträge in schlechtem Papiergeld zurückzahlen. Staatssekretär Gröber entgegnet, niemand sei gezwungen, von den Vorzügen des Gesetzes Gebrauch zu machen.

Es folgt die  
zweite Beratung des Finanzgesetzes.

Abg. Henke (Soz.) bedauert, daß keine Aussicht für eine Befundung unserer zerrütteten Wirtschaft vorhanden sei. Das Landessteuergesetz müsse schließlich verabschiedet werden. Man dürfe nicht warten, bis zur Erhöhung der Umsatzsteuer, gegen die sich die Sozialdemokratie energisch wenden werde. Im Ruhrgebiet leiste der deutsche Arbeiter seinen passiven Widerstand keineswegs auf Kundgebungen der Regierung hin, sondern weil er sich gegen den fremden Kapitalismus ebenso wehre, wie gegen den deutschen. Dieser passive Widerstand müsse aber durch wirksame und energische Stützung des Marktes gefördert werden.

Seite nachmittags 2 Uhr Weiterberatung.  
Schluß 1/2 1/2 Uhr.

## Der Nationalfeiertag.

Der Rechtsausschuss des Reichstags hat gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien beschlossen, den 11. August, den Tag des Abschlusses der Weimarer republikanischen Verfassung, zum Nationalfeiertag zu erheben.

## Badischer Landtag.

Der Ausschuss für Gesetze und Beschwerden

tagte in voriger Woche und erledigte die folgenden Beratungsgegenstände:

Ein Gesuch des Landesverbandes der bad. Hotelindustrie, das die Fischzucht nach der Schweiz unterbunden haben will, weil dadurch eine bestimmte Reihe von Fischen überhaupt nicht mehr erworben werden kann. Der Regierungsvertreter betonte, daß nur gewisse Luxusfische ausgeführt werden dürfen. Die Reichsregierung habe diese Ausfuhrerlaubnis im Interesse der Erziehung der Fischzüchter nicht auf. Andererseits wurde von einem Redner des Zentrums die Ansicht vertreten, daß die Fischzüchter reich geworden sind und nur der Schweizer Franken für sie maßgebend sei. Er wies ferner auf die schweren Missetände bei der Ausfuhr hin, namentlich werden neben den zur Ausfuhr erlaubten Fischen auch andere für die Volksernährung in Betracht kommenden Fische unerlaubt ausgeführt. Ein Antrag dieses Redners auf empfehlende Überweisung des Gesuchs wurde abgelehnt; ein gleiches Schicksal erfuhr ein kommunistischer Antrag auf ein vollständiges Fischausfuhrverbot. Mit großer Mehrheit wurde dann der Antrag des Berichterstatters, das Gesuch der Regierung als Material zu überweisen, angenommen. Dabei wurde zum Ausdruck gebracht, daß um Mißbräuche zu vermeiden, die Ausfuhr scharf kontrolliert werden müsse.

Ein Gesuch des Kurvereins Todmoo wegen des schlechten Zustandes der Landstraße Wehr-Todmoo. Die einem starken Verkehr ausgesetzte Straße ist in einem schlechten Zustand. Es ist die einzige wichtige Zufahrtsstraße mehrerer Gemeinden. Der Regierungsvertreter erklärte den schlechten Zustand der Straße an. Vielfach sei auch der nasse Winter, die ungünstige Lage der Straße und das nicht genügend zur Verfügung stehende geeignete Schottermaterial schuld. Im übrigen müßten für die Straßenunterhaltung mehr Mittel in das Budget eingestellt werden. Dieser Auffassung wurde allgemein zugestimmt. Das Gesuch wurde der Regierung empfehlend überwiegen.

Das Gesuch eines Eisenbahnbeamten um Rechtshilfe konnte nicht erledigt werden, weil noch weitere Erhebungen zu machen sind. Es handelt sich hier um ein schon im Jahre 1903 abgelegtes nicht bestandenes Examen. Nachdem mit Eintritt der Revolution dem Beamten Einsicht in seine Personalakten möglich war, stellte er fest, daß die ursprünglichen Prüfungsnoten zu seinen Ungunsten nachträglich geändert worden sind. Der Gesuchsteller will vom Landtag eine Klärung der Frage, ob das Verfahren richtig war. Es sollen weitere Erhebungen vor-

genommen werden. Darauf will der Ausschuss nochmals Stellung zu dem Gesuch nehmen.

Die Gemeinde St. Ulrich bei Freiburg petitioniert um Bezahlung ihres Organisten durch den Staat, da sie selbst zu arm sei, die Kosten weiter zu tragen. Der Berichterstatter tritt aus Billigkeitsgründen dafür ein. Durch Reichstagsbeschluss wird der Gemeinde ein Zuschuss gegeben.

## Badische Übersicht. Mannheim.

Ein neues Piratenstück der Franzosen.

Am 7. Mai nachmittags 2 Uhr besetzten etwa 30 französische Soldaten unter Führung von Offizieren das im Mannheimer Neckarhafen liegende, der Firma Raab Karcher & Co. gehörende Dampfschiff Emyr Kirckhoff Nr. VI und schlepten es nach Ludwigshafen ab. Das Personal ging an Land, hatte aber nicht mehr so viel Zeit, um seine Kleider und Habsgüter mitzunehmen. Zu gleicher Zeit erschienen beim deutschen Unterbelgiererten der Interalliierten Schiffahrtskommission in Mannheim 3 höhere französische Offiziere und erklärten, daß die Beschlagnahme des Bootes auf Befehl der Generalkommission in Düsseldorf zum Zweck der Ausbildung von Piloten erfolgt sei. Die Franzosen wurden darauf aufmerksam gemacht, daß das Dampfschiff in Reparatur und daher nicht in fahrbüchtigen Zustande sei, worauf sie erklärten, daß dies nichts ausmache. Auch gaben sie der Firma den merkwürdigen Rat, das Schiff an das Reich zu vermieten, so daß es von französischer Seite als dem Reich gegenüber beschlagnahmt gelten könne. — Der Dampfer ist erst vor kurzem von der Firma erworben worden und befand sich auf seiner ersten Fahrt.

Es handelt sich also auch hier wieder um ein echtes Piratenstück, das aufs neue die Raubgier der Franzosen nach deutschem Eigentum scharf beleuchtet. Nachdem sie bei der Schiffabgabe auf Grund des Verfallens Betrages mehrere 100 000 Tonnen an Raum und Schlepptrost auf dem Rhein erhalten und sich dadurch erst eine eigene Rheinflotte geschaffen hatten, begnügen sich die Franzosen mit dieser „Siegesbeute“ nicht. Sie nehmen jetzt auch den Deutschen die nach Friedensschluß unter schweren Opfern neu erbauten Schiffe unter einem geradezu lächerlichen Vorwand einfach weg. Dieser neueste Schiffsraub ist zugleich ein Beweis dafür, daß die Franzosen alles daran setzen, das deutsche Wirtschaftsleben, wo es sich nur wieder zu regen beginnt, zu erdroffeln.

Kurz vor 4 Uhr erschienen gestern vor dem Polizeirevier E 5 unter Führung eines Offiziers sechs Franzosen mit aufgepflanzten Seitengewehren, um sich nach der Verhaftung von zwei Franzosen zu erkundigen, die in der Weizenstraße heute nachmittags festgenommen wurden. Die Verhafteten befanden sich jedoch nicht mehr auf dem Polizeirevier. Nachdem dem französischen Offizier klar geworden war, daß die Soldaten im unbesetzten Gebiet verhaftet worden sind, zog das Kommando wieder ab. — Allem Anschein nach ist auch diese Verhaftung genau wie die früheren durch „Deutsche“ den Franzosen überbracht worden; denn zwischen der Verhaftung und dem Erscheinen der kleinen Abteilung lag nur eine kurze Zeit von 10 Minuten. Selbstverständlich hatten sich sofort zahlreiche Menschen vor dem Polizeirevier angeammelt.

Die festgenommenen Franzosen wurden auf dem Bezirkamt einem Verhör unterworfen und dann über die Rheinbrücke nach Ludwigshafen befördert.

Fischerrevue auf dem Rhein.

In derselben Weise, wie sich die französischen Mannschaften namentlich in dem Gebiet um die Mannheimer Befestigungszone fortgesetzt übergriffe erlauben, die mit den Befehlen ihrer eigenen Kommandostellen in Widerspruch stehen und wie sie bereits früher unter schwerster Gefährdung der Beobachtung auf unbesetztem Gebiet gefagt haben, widmen sie sich neuerdings der Fischerrevue im Rhein. Gegenwärtig findet man am Rhein hin ganze Wachen mit Angelröten und Fischereigeräten, die mit der bekannten französischen Achtung vor dem Recht ungehört von ihren Vorgesetzten dem Fischerrevue huldigen. Man scheint bei den Kommandostellen dieser wilden Fischerrevue, durch die sich der französische Soldat seine offenbar sehr knappe Ration zu verbessern sucht, ruhig zusehen zu wollen.

## Offenburg.

Ein neuer Übergriff der Franzosen wird aus Offenburg gemeldet. Zwei französische Genossen sind in die im unbesetzten Gebiet liegende Gemeinde Oblesbach eingedrungen, um dort die Frau eines Waldhüters zu vernichten. Die Ge-

## Eine Reise in den Brückenkopf.

Von Adolf Himmela.

II.

Während ich dieses schreibe, blüht eine halbe Mondugel in die Scheiben des heimwärtsrollenden D-Zuges. Mit Schiffen geht es heimwärts, auf Umwegen — auf Wegen, von denen man besser nichts niederlegen soll. Das Fahrpersonal wird mit Fragen bestürmt, die geduldig mit der gleichen Geste beantwortet werden: das Personal weiß selbst nicht, wo es daran ist, man fährt meist ins Ungeheure. Aufdringlich erkennt man, wie sehr die Eisenbahn die Hauptschlagader unseres ganzen Wirtschaftslebens ist.

Die Stadt Köln trägt noch mehr wie früher den Rhythmus regen Verkehrs über ihre Straßen. Heute ist sie, besonders durch die Befestigungsgruppen, die Stadt der Kraftwagen geworden. Unzählige Zweiräderwagen, von einem englischen Offizier geführt, rattern durch die belebten Straßen. Vornehm schwarz Autos mit vielen Passagieren sollen die Nobilität von prächtigen Neureichen beweisen. Ich, in meinem Journalistenhabit, bin ja nicht neidisch — die Continental-Gummifohlen an meinen Stiefeln führen mich eher ungewohnte Straßen voller mannigfacherer Erlebnisse. Die Augen sind ein guter Fremdenführer. Als ich die mittlere Hängebrücke erreichte und weiter hinten den bekannten „Tanzplatz“, umstanden mich so viele köstliche Kluten (alias Knirpse und Mädels), daß ich fürchten mußte, von der Befestigungsbehörde als Spion verhaftet zu werden — und klappte das Skizzenbuch wieder zu. — Wäre ich „Sonderberichterstatter“ irgend einer großen Zeitung, so erhalte das alles — so aber ist es gleichgültig, ob diese lüthigen Meißelblätter das Interesse irgendeines Menschen erwecken. Aber es muß auch solche Leute geben, die wandern, sehen, schreiben. . . .

Der Zufall führt zum Opernhaus. Zwei Jahrzehnte ladet es die Kölner Opernbefucher ein. Gerade ist eine General-

probe zu Ehren des „Fernen Klang“ angelegt. Ein Werk, das vor 17 Jahren entstand, eine unglückliche gefangene Struktur für Solisten und Chöre verlangt. Der Komponist sitzt im Parkett, ein Fünfundvierzigjähriger. Klempner dirigiert das langweilige Werk. Man eilt wieder auf die Straße, nach einigen raschen Schritten durch das prächtige, mit rotem Plüsch ausgelegene Theaterportal. Die Theaterleitung hat Zeit für Proben neuer Werke, da auch bei geringen Zuglücken die hintereinander gespielt werden können, das Haus ein stets besetztes ist. Ja, die kunstfreundliche Befestigung und — vierzig Orchesterproben für den „Fernen Klang“. Am Rheinufer lehnen Plüschgänger, sogenannte Ringladeten, am Geländer und sehen dem Kohlenbunker des Personendampfers „Lohengrin“ zu. Ein anderes Rheinschiff legt an, grüne Postwagen stehen am Landungssteg bereit, die Schiffspostladungen entgegenzunehmen. Neben den Postbeamten bilden Zivilisten eine lange Kette, um hilfsreich die Pakete in die Wagen zu befördern. Es ist Spätmittag, der Zug soll nicht bald weiterbringen. Die elektrische Rheinuferbahn rollt eben mit viel Klaußen Donn zu, um dabei außerhalb Kölns mehr als Schnellzugsgeschwindigkeit zu erreichen. Ja, der moderne Großstädter ist sehr vermöhnt.

Ein anderes Bild. Eine lange Reihe Lastwagen schweren Kalibers hämmert über das Pflaster der Eisenbahnbrückenunterführung. In großen Leitern leuchtet auf den verbrauchten blauen Wagen das Wort „Alltrans“. Ob es wohl „alle Transporte“ bedeuten soll? Jeder weiß, was heute die Kraftwagen bei der Eisenbahnsperrung für gewaltige Arbeit zu leisten haben. In der Mitte der Wagenreihe wird ein todwunder mitgeschleift. Sie haben heute einen schlimmen Tag — man hört von einer neuen Sperre durch die Franzosen. Welche Wege sie wohl schon hinter sich haben, ob jener Wagen wohl manches mehr zu erzählen wüßte —? Aber das würde man denn doch nur für sich behalten. Und der Zufall führt mich mitten in den Sitz jener obengenannten Transportgesellschaft. Das Wort Wirtschaftskrieg dämmert über der

Front dort harrender Lastautos, über aufgestapelten Gütern, einer mächtigen Lagerhalle, elektrischen Verladeworrichtungen, Benzoltankanlagen. Unter der 11 000 Quadratmeter Fläche des Verwaltungsgebäudes, Fühphofes und Lagerhallen dehnen sich weite betonierte Kellerräume. Neben verstaubten Theaterulissen schichten sich viele tausend Kilo Horn, man sieht über Kästen, Fässer, Ballen oder bemundert unterirdische Stallanlagen, fern von allem Straßenlärm, peinlich sauber, mustergerichtig, 40 Pferde stehen unter Tag in ihren Kufen. Einen belebten Herrn, der im Gose rasche Befehle erteilt, wage ich mit einigen Fragen über diese Transportorganisation anzugehen — trotz seiner finsternen Miene. Und ich notiere eine erstaunlich große Zahl Transportarbeiter, einen stolzen Fühphof, ein Duzend Zweigiederstellungen im Reich und auch den Wert eines einzigen der vielen hier stehenden Möbelautos — neunzig Millionen.

Ein glühender Sonnenball wirft rotes Leuchten auf Giebel, Kuppelbauten und zahllose Kirchen der großen Stadt. Elektrische Lichter flammen auf. Der Verkehr scheint sich in der Dunkelheit zu steigern. Die überfüllte Straßenbahn bringt mich zur Bahn. Auf der hinteren Plattform steht neben Zivilisten, englischen Soldaten, ein Fremder, dunkelfarbig das Gesicht, umrahmt von einem schwarzen Wollbart. Als Kopfbedeckung trägt er einen riesigen Turban aus einem violetten seidnen Schal. Internationale Route müssen sich hier friedlich, während ein großes Volk im Herzen Deutschlands, an der Schladger deutschen Wirtschaftslebens es nicht unterlassen kann, krautrigblittern daß zu läsen. Eine französische Zeitung erstand ich an einem Kiosk. Eine große zweispaltige Abbildung mit der Unterschrift FREDERICUS REX zog mich an. Aber auch nichts unterläßt die französische Propaganda, um Deutschland als ein dawonistisches und jederzeit böswilliges hinzustellen. Alles Material benutzt sie zu diesem Zwecke aus. So wird jener Filmausschnitt gezeigt, wie der alte Kreuzenönig seinen Sohn, hocherborenen Degens, bedroht. Diese „Geste“ wird auch dem heutigen republikanischen Deutschland untergeschoben. Aber dem Wilde stehen neben anderen die

weinde Chlsbach gehört nicht zu den Ortschaften, die nach dem Befehl des Generals Degoutte zur besetzten Zone zählen. Eisenbahnsekreter Kurt von Ortenberg, der bei dem Überfall der Franzosen auf Ortenberg verhaftet wurde, weil sich bei ihm Wagnelger vorfanden, ist wegen Auszahlung von Wagnelger vom Militärgericht in Rehl zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Er wurde sofort verhaftet.

Die Franzosen verteilen neuerdings an den Poststellen Flugblätter und Broschüren, in denen die wirtschaftliche Lage Deutschlands in vollkommen irreführender Weise dargestellt wird. Vor diesen Schriften wird aufs eindringlichste gewarnt.

Zwei Eisenbahnbeamte in Offenburg wurden heute morgen um 8 Uhr von den Franzosen aus der Wohnung geholt und festgenommen. Es sind dies Eisenbahninspektor Jos. Raier vom Ausbesserungswerk und Eisenbahnoberingenieur Jos. Weichau, Vorsteher der Bahnhofsverwaltung. Raier ist bereits aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden; seine Familie muß dieses in 4 Tagen verlassen. Weichau wird wahrscheinlich ebenfalls ausgewiesen werden.

In Appenweier wurden der Vorstand der Bahnhofsverwaltung, Schwan, sowie der Hilfsarbeiter Fischer, angeblich wegen Diebstahls, verhaftet und nach Rehl gebracht. Der Diebstahl besteht darin, daß sie Eisenbahnmaterial, also Eigentum des Deutschen Reiches, ins besetzte Gebiet brachten, weil es dort benötigt wurde. Und das nennen die Franzosen "Diebstahl"?

### Die Teuerung in Baden im Monat April.

Die vom Statistischen Landesamt berechnete Landesindexziffer beträgt nach dem Stand vom 25. April 286 265, d. h. die Teuerung der Lebenshaltungskosten ist auf das 286 2/3fache gegenüber dem Frieden gestiegen. Bei Berücksichtigung der Indexziffer vom vorletzten Monat (11. April) ist ein weiteres Steigen der Teuerung um 8474 Punkte oder 3,1 Prozent eingetreten.

Bei Gegenüberstellung der Durchschnittsziffer vom Monat März mit 259 882 beträgt die Zunahme der Teuerung nach der Durchschnittsindexziffer vom Monat April mit 282 028, 8,5 Prozent.

### Kinderspeisung und Luft- und Sonnenbäder für erholungsbedürftige Kinder in Baden.

Vom Landesauschuß für Kinderspeisung wird uns geschrieben:

Die örtlichen Maßnahmen für Erholungsfürsorge, die im vorigen Sommer trotz des sehr ungünstigen Wetters in 38 Gemeinden Badens mit gutem Erfolge durchgeführt wurden, sollen auch in diesem Jahre wieder eingeführt werden. In den meisten Städten und Gemeinden wurden Luft- und Sonnenbäder mit einer kräftigen Zusatzmahlzeit gegeben; in einigen Gemeinden erhielten die Kinder außerdem noch Solbäder.

Wo Gemeinden und Familien es möglich machen können, die erholungsbedürftigen Kinder auch bei den gegenwärtigen teuren Pflegekosten in Erholungsheimen und Solbädern nach auswärts zu schicken, ist dies natürlich von ungleich größerem Wert. Die Kinder erhalten dabei nicht nur regelmäßige Pflege und kräftige Nahrung, sie haben auch den Vorzug des Klimawechsels und der größeren Bewegungsfreiheit und eine vollständig andere Umgebung, was bei den Wohnungsverhältnissen in den meisten Orten, leider auch den kleineren, nicht hoch genug eingeschlagen werden kann.

Daß aber solche Einrichtungen dieses Jahr nicht in großem Umfang stattfinden können, hören wir von allen Seiten. Deshalb soll dafür gesorgt werden, daß für die Kinder, die nun auch während der Ferien zu Hause bleiben müßten, ein Ersatz geschaffen wird. Dieser Ersatz wird sich je nach Lage der Verhältnisse in den verschiedenen Orten sehr verschieden gestalten. Glücklicherweise gibt es ja in unserm badischen Land so viele schöne Plätze, daß mit gutem Willen fast überall eine sonnige Waldwiese gefunden werden kann. Im günstigsten Fall könnte dann eine Liegehalle errichtet werden, wie z. B. voriges Jahr in Baden-Baden, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch gemeinsame Opferwilligkeit eine solche Halle aufbauten, ohne daß die Stadtgemeinde finanziell dadurch belastet wurde. Wo dies nicht möglich ist, kann man sich mit einem Zelt oder Wehzbuden, mit Veranden und dergl. vor allem aber mit in der Nähe liegenden Gebäuden helfen, die bei plötzlichen Regens als Schutz für die Kinder dienen müssen. Dort müßten auch Klore angelegt sein.

Der Landesauschuß für Kinderspeisung ist in der Lage, solche Luft- und Sonnenbäder, auch Solbäder, mit kräftiger Nahrung ausgiebig zu unterstützen, wenn die Kinder durch den Schularzt ausgesucht werden, und wenn für zuverlässige Auf-

sicht von der Gemeinde aus gesorgt wird. Die Leitung ist das Wichtigste und das Ausschlaggebende für den Erfolg des ganzen Unternehmens. Wenn die Kinder sich nicht jeden Tag neu auf ihre Erholungsstunden freuen können, wenn sie gelangweilt herumstehen, und dadurch auf allerlei Unfug kommen, wenn sie gar nur wegen des guten Kaffees und der großen Dampfnudel kommen, kann von einem wirklichen Erfolg nicht gesprochen werden.

Die Leiterin oder der Leiter eines solchen Luft- und Sonnenbades müßte die schönsten Geschichten für die Ruhezeit der Kinder wissen, und müßte den Kindern neue Spiele und Reize und allerlei Turn- und Atemübungen spielend beibringen können. Die Kinder sollen in den Wochen ihres Zusammenseins daran gewöhnt werden, daß gewisse hygienische Selbstverständlichkeiten, wie tägliches Waschen des ganzen Körpers, Händewaschen vor dem Essen, Zähneputzen vor dem Schlafengehen, ohne viel Kosten oder Zeitaufwand ausgeführt werden können und sie sollen die Überzeugung gewinnen, daß dies nicht nur der Gesundheit nützt, sondern daß dadurch auch das allgemeine Lebensgefühl gehoben wird.

Eine ideale Leiterin würde in den Kindern auch die Freude an der Natur wecken, ihnen auch alle Bäume und Sträucher, ihre Blüten und Früchte nennen können; sie würde die Vögel am Lied erkennen, und sie müßte von allen Tieren in Wald und Feld bis zu den Insekten allerlei zu erzählen wissen. So könnte sie die Kinder erst in ein reiches Verhältnis zu der sie umgebenden Natur bringen und ihnen dadurch auch die nötige Achtung vor ihr beibringen, indem sie ihnen immer wieder zeigt, wie doch alle Blumen da am schönsten sind, wo sie wachsen, und daß es niemanden Freude machen kann, sie hübsch-weise herauszureißen, um sie dann — vertrocknet — wegzuworfen, ehe man heimkommt. Daß die Kinder ihrer Mutter abends ein paar Blüten nach Hause bringen, braucht deshalb nicht ausgeschlossen zu sein.

Nicht zuletzt müßte die Leiterin es verstehen, das Gefühl des „Aufeinanderangewiesenseins“ in den Kindern zu stärken, daß sie von Anfang an lernen, wie notwendig das „Lebenlassen“ zum „Leben“ ist.

Wenn die Kinder unter guter Leitung den größten Teil des Sommers in Luft und Sonne und mit kräftiger Nahrung verpflegt werden, kann ihnen feilsch und körperlich dauernd etwas mitgegeben werden.

### 300jähriges Jubiläum der Stadt Philippsburg.

Daß die ganze Menschheit in ihren verschiedensten Abstufungen eine Lebensgemeinschaft bildet, bewies die Feier der Wiederkehr des Dreihundertjährigen-Geburtsstages der Stadt Philippsburg. Sowohl Vertreter des Staates, darunter Herr Staatspräsident Remmele, sowie Vertreter des Bezirks, der verschiedenen Städte und Dörfer der Umgegend, wie auch Gäste und Einwohner der Stadt Philippsburg, beteiligten sich an der Feier. Ein anscheinlicher Festzug, an dem Würdenträger der Stadt und Umgegend, sowie Vereine aller Stände und Schichten, teilnahmen, bewegte sich durch die Straßen der Stadt und führte die Teilnehmer in die Städtische Festhalle. Die räumige Festhalle war bis auf den letzten Platz besetzt und Bürgermeister Walter konnte gegen 8 Uhr mehr als 1800 Festgäste begrüßen. Darbietungen des Turnvereins, des Gesangsvereins „Liedertanz“, der Stadtkapelle und des Schülerchors erfreuten sich allgemeinen Beifalls. In seiner Festrede gab Herr Hauptlehrer Gieseler einen kurzen Überblick über die vielbewegte und mit der ganzen Geschichte Europas eng verknüpfte Vergangenheit unserer Stadt und beleuchtete insbesondere jene Zeit des 30jährigen Krieges, welche Philippsburg zum ersten Male in den Strudel des geschichtlichen Geschehens hineintrieb. Mit Nachdruck hob der Redner hervor, daß innerhalb der Zeit der tiefsten Zerküftung Deutschlands, am 1. Mai 1623, die Stadt und Festung Wittenheim ihren heutigen Namen erhielt. Herr Staatspräsident Remmele verglich in seiner von hohem Verantwortungsgefühl durchdrungenen Rede die Vergangenheit mit der Zukunft und Gegenwart. Was früher Philippsburg den Franzosen gewesen, Brückenkopf, Einfallstor nach dem Osten zu, das sind heute andere Städte und Gemarckungen geworden und Sie wissen, seit einem Vierteljahr zählen zu den Brückenköpfen Mainz, Coblenz, Düsseldorf usw. auch Mannheim, Karlsruhe und Offenburg als besetzte Brückenköpfe und Sie sind sich auch darüber klar, daß Germersheim und die Nachbarstädte und Orte Durchgangspunkte der Zukunft sein werden, wenn kriegerische Bewandlungen Platz greifen. Daß die Sorgen der Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach weit größere als die der Vergangenheit und Gegenwart sein werden, hob der Herr Staatspräsident mit Nachdruck hervor und schloß seine längeren Ausführungen mit einem Appell zur Einigkeit innerhalb aller Stände und Schichten unserer Heimat und des engeren und weiteren Vaterlandes. So verlief die gefristete Veranstaltung in Eintracht und Frieden und ein jeder zog aus der Ge-

sichte der ehemaligen Reichs- und Grenzfestung Philippsburg die Lehre, daß stets das Staatsinteresse über dem Partei- und Wirtschaftersinteresse des Einzelnen steht und daß, wo Gewalt und Fader innerhalb eines Staatsgebildes herrscht, bald am demselben der Wurm der Zerlegung nagt und daß Vorbereitung zur Lebensfähigkeit jeder Lebensgemeinschaft Zusammenhalten, trotz und wider allem, ist.

### Schweizer Tage der Universität Freiburg i. Br.

vom 3.-5. Mai.

W.H. Der Befestigung der Beziehungen nachbarlicher Stämme und der Pflege gemeinsamer Stammesart und Kultur sollten die unter außerordentlich starker Beteiligung aus allen Volksteilen stattgefundenen „Schweizer Tage“ der Freiburger Universität dienen. Prof. Dr. O. von Greiner (Bern) sprach über den „Charakter der deutsch-schweizerischen Literatur von Albrecht Dürer bis zur Gegenwart“. Das Größte, was die Schweizer Dichtung hervorgebracht hat, ist das Alpenhochgefühl des Kulturmenschen. Jodler und Aufreigen sind das urwüchsigste Volkslied der Schweizer. Neu und interessant war die Kennzeichnung der Stellung des Volkes den Dichtern gegenüber. Einen Stand der freien Schriftsteller kennt die Schweiz nicht. Nach ihren Leistungen sind die Dichter geehrt. Aus Umgebung und Realität sucht sich der Dichter, dem die Romantik fern liegt, seinen Stoff. Erfüllt er eine wahre Schilderung der Natur und das Verlangen nach sittlicher Wahrheit, so ist er auf dem rechten Wege. Prof. Dr. Hoffmann-Krayer (Basel) knüpfte in seinem Vortrag über „Schweizerdeutsche Sprache und Sprachgebrauch“ an das Alemannische von J. S. Hebel an. Von den vielen Mundarten ist die Basler die ausgeprägteste, die eine ähnliche Rolle wie das Schwäbische in Deutschland spielt. Aber nur eifrige Pflege vermag die Mundarten vor dem Untergang zu schützen. Eine glänzende Illustration seines Vortrags bot Prof. Hoffmann mit Proben mundartlicher Eigenart, die er in hinreichender Vollendung brachte. — Dr. W. Barth (Basel) vermittelte in einem Lichtbildervortrag über „Schweizer Kunst der Gegenwart“ ein Gesamtbild der Schweizer Malerei. Besonders ausführlich behandelte er das Basler Künstlerturn, das an erster Stelle stehe. — Die wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen der Schweiz und ihre Ausbildung“ besprach Prof. Dr. Hermann Bächtold (Basel). Durch die zentrale Lage der Industrie, günstige Arbeits- und Absatzverhältnisse bei rein weltwirtschaftlicher Orientierung und reichem Export aus der Metall- und Textilindustrie ist die wirtschaftspolitische Situation der Schweiz sehr günstig und zukunftsfroh. — Der Berner Staatsrechtler Prof. Dr. W. Burdhardt gab ein umfassendes Bild von „Demokratie und Parteienwesen in der Schweiz“. In klarer Sachlichkeit erläuterte er historisch die parteipolitische Entwicklung der Eidgenossenschaft. Die vielen Gegensätze zwischen radikaler und gemäßigter Demokratie, zwischen Katholiken und Protestanten (mit orthodox-liberaler Richtung auf beiden Seiten) und zwischen Sozialismus und Individualismus in Fragen der praktischen Politik, üben stärkste Wirkungen aus. Aber trotz der Vielstimmigkeit und Vielsprachigkeit gibt es keine Parteilung durch Sprache und Stämme. Eine wertvolle Ergänzung gab Chefredakteur Dr. A. Deri (Basel), der über „Die Bildung des Schweizer Staatswesens und seine Eigenart“ interessante Ausführungen machte. Die Schweiz mit seinen neutralen Referaten ist kein Bundesstaat, sondern ein Staatenbund. Trefflich charakterisierte Dr. Deri die Eigenbrödelerei und den angeborenen Freiheitsginst der Schweizer, die keine großen Führer vertragen können.

Den Abschluß und in künstlerischer Hinsicht Höhepunkt der „Schweizer Tage“ bildete das Gastspiel des Berner Heimat-Bund-Theaters. „Hansjörgeli, der Erbtöchter“ ist eine Dramatisierung einer Novelle des großen Epikers Jeremias Gotthelf durch Simon Gfeller. Typen des Emmentaler Volkes, zwingen durch die Kraft der Darstellung und des Erlebens, brachten die heitere, Erbschaftsgeschichte zu vortrefflicher Wirkung, die sich in begeisterten Jubel und ungezügelter Begeisterung auflöste.

### Aus der Landeshauptstadt.

\* Lichttechnische Gesellschaft. Am 17. April hielt die Lichttechnische Gesellschaft, die Südwestgruppe der Deutschen Beleuchtungstechnischen Gesellschaft, in Karlsruhe ihren 2. Jahresstag ab. Die Hauptversammlung fand am Vormittag im Chemisch-technischen Institut unserer Hochschule statt. Der Vorsitzende, Herr Professor Dr. Reichmüller, begrüßte die Erschienenen, unter denen wir den Altmeister der Beleuchtungstechnik, Herrn Geheimrat Dr. Bunte, und als Vertreter des Ministeriums des Kultus und Unterrichts, Herrn Geheimrat

erklärenden Worte: „... Ce film, mieux que tous les articles et tous les discours, donne l'explication de l'entêtement que l'Allemagne met à nous refuser réparations pour le passé et garanties pour l'avenir. Les manifestations chauvines auxquelles les représentations de Fredericus Rex donnent lieu de l'autre côté du Rhin, prouvent que l'état d'âme de nos agresseurs de 1914 n'a pas changé...“ Mögen die deutschen Journalisten solcher französischer Propaganda nicht müßig gegenüberstehen, sie darf nicht — und gerade im Ausland — das letzte Wort haben. Aber in Frankreich weiß man noch immer das Wort Propaganda mehr einzuschälen.

Der Wartesaal ist überfüllt. Gerüchte verbreiten sich, daß die Franzosen den Gürtel um die englische Zone wieder plötzlich abgeperert hätten. Eisenbahntransport, Postiers, Fahrpersonal — niemand weiß etwas bestimmtes. An Schaltern und in Wartesälen häufen sich die Fremden. Zwei vornehme Kavaliere an meinem Tisch philosophieren von Dingen, weilab von Inlands- und Auslandspolitik. Sie scheinen dem andern Köln einen Besuch abgeplant zu haben. Ein Trotadero Alfred Heinen spielt in ihrem Munde eine große Rolle. Sie erzählen von Klubmüßeln aus grünem Polsterzeug, von verschiedenfarbigen Lampen, einer Bar und — sogar weißfeinen gebelkten Tischen. Ach, der eine behauerte, nicht im Trotadero Heinen im Smoking erschienen zu sein — Der Zug, der den besten Willen hatte, die Reisenden aus dem Brückenkopf und besetzten Gebiet wieder in das „freie“ Deutschland zu bringen, wurde gerade als fahrbereit gemeldet. Und was jetzt alles kam, wird besser hier verschwiegen. In der Ferne versank die große Stadt aus vulkanischem Luffzestein und Basaltlava, erbaut aus den Grauwäden des bergigen Landes und vielen Lehmschiefermassen. Es versank Reiter Gerhard von Males wuchtendes Wahrzeichen, an dem man über jedes Jahrhundert gebaut, es versank der späte Schattentanz der Domtürme, an deren einem Turm vor siebzig Jahren Foucaults Pendelversuch wiederholt worden war, zum Nachweis der Erdachsenumdrehung.

### Frühjahrskonzert des Lehrgesangsvereins.

Vollmusik ist noch immer der Probierstein für echte Begeisterung sowohl auf Seiten der Ausführenden wie der Zuhörer. Unter großem Andrang des Publikums, wie deshalb nicht anders zu erwarten, fand das Frühjahrskonzert des Lehrgesangsvereins statt, für dessen Konstellation das deutsche Volkslied vom 16. bis 19. Jahrhundert in reichster Fülle geboten war. Das Konzert war außerdem als Auftakt zu der „Eröffnungsvorrede“ gedacht, welche der dem Publikum nun ebenfalls zugänglich gemachten Kunstausstellung eine besondere Anziehungskraft geben soll. Obwohl der Verein, was das tatsächlich vorhandene Stimmengemisch betrifft, hinter unseren anderen hiesigen großen Männerchören etwas zurücksteht, fand er sich trotzdem in poetisch überaus feinsinniger Weise mit diesen Werken von unergänglicher Jugendfrische ab; man muß es ihm hoch anrechnen, daß er dabei das gewählte Programm durchaus als künstlerische Angelegenheit aufzufassen und sich in seiner sehr delikaten Vortragart dem so naheliegenden Kulturniveau und jeder billigen Wirkungsabsicht enthielt. Die Volkslieder wurden durchgehend in möglichst schlichter Form und ohne jede bearbeitende Zutat geboten, ein Vorzug mehr für die Wirkung der teils nur gefälligen, teils aber auch innigen und gefühlstiefen Schöpfungen, die eben gerade durch die Natürlichkeit ihrer Faktur als kerndeutige Heimatkunst überzeugen. Für die profilierte Herausarbeitung charakteristischer Einzelsätze sorgte Prof. Heinrich R. Schmidt mit lebhaft künstlerischem Verantwortungsbewußtsein; auch in der mit außergewöhnlicher Musikalität durchgeführten Klavierbegleitung der Solisten des Abends vermißt er jede Geschicklichkeit. Frau Ella Glag-Sant (Karlsruhe) verfügt über ein sehr hübsches natürliches Vortrags Talent, das sie ohne weiteres zur Interpretation von Volksliedern befähigt. Ihre Gesangsart steht auf eben so erfreulichem Niveau. Wenn an Einzelheiten Ausstellungen zu machen sind, so betreffen sie eine nicht immer ganz ausgleichende Akzenttechnik und ein gelegentliches Entgleiten über das led. Vortragsniveau hin ins Soubretten-Jahrwasser. Eine nette Überraschung feierte das

aus dem jungen künstlerischen Nachwuchs und einigen Lehrkräften gebildete kleine Orchester des badischen Landeskonzertatoriums bei durch die erstmalige Aufführung einer Schmidtschen Orchesterbearbeitung von Schuberts bekannten deutschen Tänzen, die durch die Leichtigkeit des Wurfs und durchsichtige Behandlung der Instrumente sehr gefiel. Spontaner Applaus erzwang im übrigen mehrfache Wiederholungen und Zugaben. S. Sch.

### Lautenabend von Agnes Delsarto.

„Leipziger Allerlei“, prima Ware, offerierte uns gestern Abend Agnes Delsarto vom Stadt-Theater in Leipzig, als sie die uralte und doch so neue Kunstgattung meist volkstümlicher Lautenlieder in lustigem Durcheinander aufsticht. Man hat hier noch selten einen derartigen schelmischen Abend genossen, der in so haarsträubendem Ausdrucksprofil bewundernswerte Souveränität und freie Improvisation aufwies. Größeren technischen Ansprüchen konnte freilich die schon etwas drückige Stimme der Künstlerin nicht mehr ganz genügen, aber die humoristische Kraft des Vortrags erzeigte den offensichtlichen Mangel an realer Schulung voll auf, und die charmante Leichtigkeit ihrer Mimik unterstützte aufs vorteilhafteste die vergnügte Stimmung. Schnell stellte sich der erwünschte Kontakt zwischen der liebenswürdigen Vortragskünstlerin, die ehemals Schülerin von Oberregisseur Daubach war, und dem beifallsfreudigen Publikum ein: die reizvolle Pointe des Abends war glänzende Detailmalerei, so daß alte Volkstexte wie Lederbüchsen mündeten. S. Sch.

\* Der Guß der großen Kölner Domglocke. Nach langer mühevoller Arbeit fand in Apolda der Guß der großen deutschen Glocke seinen Abschluß, unter Teilnahme zahlreicher Bürger und Bürgerinnen, sowie von Glockengießern des In- und Auslandes. Glockengießmeister Heinrich Ulrich leitete den bedeutungsvollen Guß, der nach Ausgüssen des Meisters in jeder Hinsicht als glücklich gelungen bezeichnet werden kann. Er ist einer der schönsten Güsse der letzten 50 Jahre in Deutschland. Die Glocke hat ein Gewicht von 25 000 Kilo und ist die größte von ganz Westeuropa.

**Dr. Schwömer** bemerkte, und gab einen Bericht über die Fortschritte auf dem Gebiete der Lichterzeugung durch die elektrischen Glühlampen, eine Wandlung in der Lichterzeugung, insofern die vielen kleinen Lichtquellen (Glühlampen) durch wenige große ersetzt werden, die wirtschaftlicher sind, die zunehmende Verbreitung von Lampen für künstlerisches Tageslicht, das die Farben in ihrem natürlichen Aussehen erkennen läßt. Der Berichterstatter wies ferner auf die großen Fehler hin, die in der Beleuchtung heute noch sehr häufig sind. Er bedauerte die Zurückhaltung der Architekten der Lichttechnik gegenüber, vor allem auch in unserer Heimat, während sich auswärts ein größeres Interesse zu regen beginnt, was sich auch dadurch kundgibt, daß die Lichttechnische Ausstellung, Ausstellung von Beispielen guter und schlechter Beleuchtung, die hier vor einem Jahre veranstaltet worden war, in andern Städten auf deren Werbung hin wiederholt werden soll. Die Gasbeleuchtung ist weiter zurückgetreten, der Vortragende warnte aber, diese Beleuchtungsart als eine überwindene Sache anzusehen. Niemand kann die Entwicklungsmöglichkeiten alle voraus erkennen. Als besonders bedeutungsvoll dürfte die Gründung des Lichttechnischen Instituts, des ersten an einer Technischen Hochschule, sein, die in das vergangene Berichtsjahr fällt.

Das Hauptthema der Tagung war das Glas im Dienste der Lichttechnik. Den ersten Vortrag hielt Herr Professor Dr. Schimmer, in dem unsere Technische Hochschule seit kurzem einen hervorragenden Fachmann auf diesem Gebiete besitzt, der an Hand zahlreicher Lichtbilder die Erzeugung des Glases nach verschiedenen Verfahren erläuterte. Aus umfangreichen eigenen Erfahrungen heraus schilderte der Vortragende die Vorzüge und Nachteile dieser Verfahren immer mit dem Blick auf die Wirtschaftlichkeit, die unter dem Druck der Zeiten ganz besonders wichtig geworden ist. Er gab dabei manche wertvolle Binde vom Standpunkt des Glaschemikers aus und warnte vor der Anwendung alter empirischer Rezepte, die endlich strengen analytisch chemischen Untersuchungen Platz machen müssen. Für die Lichttechnik besonders interessant waren die Angaben über die Herstellung und Eigenarten der Opalgläser.

Herr Dr. Frank, Betriebsleiter der Knielingers Glasfabrik, sprach über die Formgebung des Glases. Er konnte dabei an den vorangegangenen Vortrag unmittelbar anknüpfen und nunmehr an Hand erläuternder Skizzen erklären, durch welche Verfahren, Blasen, Walzen, Pressen, das Glas in die für den Gebrauchszweck gewünschten Formen gebracht wird. Er schilderte dabei, wie häufig die technischen Möglichkeiten in Konkurrenz mit den wirtschaftlichen Forderungen und der Geschicklichkeit der Arbeiter der Erreichung der gestellten Ziele Schwierigkeiten bereiten oder sich sogar hindernd entgegenstellen.

Der dritte angekündigte Vortrag, der des Herrn Dipl.-Ing. Schaer aus Frankfurt am Main, über Formgebung des Glases im Dienste der Lichttechnik mußte leider ausfallen, weil der Vortragende durch eine Auslandsreise am Erscheinen verhindert war. Die gewonnene Zeit wurde durch eine sehr interessante Besprechung der Vorträge ausgefüllt, die viel neues und wertvolles für die anwesenden Fachleute zutage förderte und in einigen an die Vereinigung von Glasfachmännern und die Deutsche Beleuchtungstechnische Gesellschaft zu richtenden Anträgen gipfelte.

Am Nachmittage wurde die Süddeutsche Glasfabrik in Knielingen besichtigt, ein neues industrielles Werk, von dessen Erststanz viele Karlsruher wohl noch nichts gehört haben. Es werden dort vorläufig Gläser für den täglichen Gebrauch hergestellt, doch beabsichtigt die Fabrik ihre Produktion nach und nach zu veredeln. Die Besichtigung war eine ausgezeichnete Illustration des am Vormittag Gehörten. Der Abend vereinigte die Teilnehmer zu einem geselligen Zusammensein in Daxlanden in der Künzlerkneipe.

**Kriegsgräberfürsorge.**

Der „Vollbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge“ hat in seiner letzten Vorstandssitzung beschlossen, aus seiner zurzeit im ganzen Reich veranfaßten Sammlung Beträge für etwa 60 Kriegerfriedhöfe aller Kriegsschauplätze, sowie für die deutschen Kriegsgräber in Siebenbürgen und den nordöstlichen Randstaaten auszuwerfen und den nordöstlichen Randstaaten des Bundes durch die Vermittlung der deutschen diplomatischen Vertretungen zuzustellen. Diese Spenden sollen nicht dazu verwandt werden, den fremden Regierungen die ihnen obliegenden vertraglichen Pflichten abzunehmen; vielmehr soll die vielfach unzureichende fremde Tätigkeit für die Erhaltung unserer Kriegsgräber durch eine unserm Volk empfinden entsprechende liebevolle Fürsorge ergänzt werden. Maßnahmen für einen besseren Schutz der Friedhöfe, für die Erhaltung der Grabzeichen und für eine dauerhafte Bepflanzung der Gräber kommen in erster Linie in Betracht. Die vorhandenen Mittel reichen leider bei weitem noch nicht aus, um allen Friedhöfen eine gleiche Fürsorge angeheben zu lassen; umso mehr ist es zu wünschen, daß die Gerechtigkeit unseres Volkes für die Kriegsgräberfürsorge angebl.

Die Anteilnahme an den hohen Aufgaben des Vollbundes ist in erfreulichem Maße; in zahlreichen Städten und Gemeinden haben sich neue Ortsgruppen gebildet, die die Erinnerung an unsere gefallenen Helden pflegen. Nachwollte Kundgebungen, wie die im Aprilheft der Bundeszeitschrift „Kriegsgräberfürsorge“ geschilderte Gedenkfeier zeigen, wie unser Volk trotz aller Not seiner Toten gedenkt und bereit ist, für die Erhaltung der fernem Gräber zu opfern. Das beweisen auch die vielen Deutschen — an ihrer Spitze der Reichspräsident — die in richtiger Erkenntnis der Bedeutung der Volksbundziele durch Übernahme von Patronaten mit geholfen haben, die durch die Geldentwertung bedrohte Fortführung des vom Bunde betriebenen fremdsprachigen Schriftwechsels für den Schutz unserer Kriegsgräber zu sichern. Die wertvollen Ergebnisse dieses Schriftwechsels kommen der Allgemeinheit wieder zu gute; Berichte über den Zustand der deutschen Kriegerfriedhöfe aus allen Ländern, selbst aus den entlegenen Orten außer-europäischer Gebiete, werden monatlich in der Zeitschrift „Kriegsgräberfürsorge“ veröffentlicht und geben den Angehörigen der Gefallenen die Möglichkeit, sich ständig über den Zustand der fernem Gräber ihrer Lieben auf dem Laufenden zu halten. Genauere Auskünfte werden erteilt, sowie Spenden, Mitgliedsbeiträge und Patronatsbeiträge entgegengenommen durch Stadtbaurat Kemmer, Karlsruhe (Rathaus).

Im Konzerthaus erfolgt am Donnerstag, den 10. Mai — Himmelfahrtstag — eine Wiederholung von Weber-Foersters Schauspiel „Alf-Deibelberg“ und am Sonntag, den 13. Mai gelangt der Schwank „Charleys Tante“ von Brandon Thomas zur achten Wiederholung.

\* Post nach Sibirien und China. Im Einverständnis mit der russischen Postverwaltung wird die Briefpost nach Ostibirien einschließlich Wladivostok und China vom Mai ab wieder über die transsibirische Eisenbahn mit dem jeden Donnerstag von Moskau nach Nishita abgehenden Schnellzug befördert; die Sendungen kommen dadurch schneller an den Bestimmungsort. Auf diesem Wege werden befördert: Sämtliche Sendungen für Ostibirien einschließlich Wladivostok und die an der transsibirischen Eisenbahn gelegenen Orte Chinas. Briefe und Pakete für das übrige China einschließlich Hongkong und Peking (Druckfachen, Geschäftsbriefe und Warenproben nach dem übrigen Teil der Mandchurei werden über Amerika und Japan, die gleichartigen Sendungen für das übrige China über Suez geleitet). Die Schlusspost wird Sonnabends mit Zug D 3 Berlin—Marienburg—Insterburg, ab Berlin Schleif. Bahnhof 10.34, befördert.

**Staatsanzeiger.**

Buchmacher betr.

Dem Buchmacher Friedrich Boffert in Mannheim wurde gestattet, seine Hauptniederlassung vom Hause N 3, 12 in Mannheim in das Rathaus Wogen 55/56 zu verlegen, im Hause N 3, 12 eine Niederlassung zu errichten und daselbst Karl Gensheimer und Hans Schäfflein bis 31. Dezember 1923 als Buchmachergehilfen zu beschäftigen.

Karlsruhe, den 4. Mai 1923.

Der Minister der Innern.

Kemmerle.

**Verordnung**

(vom 7. Mai 1923).

Das Hebammenwesen.

Die durch Verordnung vom 21. Februar 1923 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 35) festgesetzten Gebühren für die einzelnen Dienstleistungen, welche die von einer Gemeinde bestellte Hebamme, sofern der Dienstvertrag nichts anderes bestimmt, neben dem von der Gemeinde bewilligten festen Gehalt von den ihre Hilfe in Anspruch Nehmenden anfordern kann, werden mit sofortiger Wirkung geändert wie folgt:

- a) Für eine Untersuchung, Anlegung eines Katheters, Sehen eines Mittlers, Auspflügen, Einlegen von Lampen und dergl. 600— 800 M.
  - b) Für Beforgung einer Geburt je nach Zeitdauer einschließlich der vorgeschriebenen Wartung der Wöchnerin und des Kindes in den ersten 9 Tagen nach der Geburt 20 000—25 000 M.
  - c) Für Beforgung einer Zwillingsgeburt je nach Zeitdauer einschließlich der vorgeschriebenen Wartung der Wöchnerin und der Kinder in den ersten 9 Tagen nach der Geburt 26 000—30 000 M.
  - d) Für Beforgung einer Fehlgeburt je nach Zeitdauer, einschließlich der erforderlichen Wartung der Wöchnerin 6 000— 9 000 M.
  - e) Für den Beistand einer geburtschirurgischen oder gynäkologischen Operation durch den Arzt 2 500— 2 800 M.
  - f) Für jeden besonders verlangten oder nötigen Besuch 800 M.
- Bei Nacht das Doppelte.
- g) Für eine Nachtwache 3 000 M.
  - h) Als Ganggebühr bei einer Entfernung von wenigstens einer Viertelstunde von den zusammenhängenden Häusern des Wohnortes der Hebamme 400 M. für jede weitere Viertelstunde 200 M.

Karlsruhe, den 7. Mai 1923.

Der Minister des Innern.

Kemmerle.

**Fürstliche Fachprüfung 1923.**

Auf Grund der im April d. J. abgehaltenen Fachprüfung im Forstfach ist Fritz Ensl von Forbach zum Forstreferendar ernannt worden.

Karlsruhe, den 3. Mai 1923.

Ministerium der Finanzen.

**Badisches Landestheater.**

Donnerstag, 10. Mai. 6—10 Uhr. Sp. I. 7000 M. Einmaliges Gastspiel von Edith Pott-Sajitz von der Staatsoper Dresden:

**Tannhäuser u. d. Sängerkrieg auf Wartburg**  
Elisabeth: Edith Pott-Sajitz

**Konzerthaus.**  
Abends 7—9/10 Uhr. Parkett I. Abt. 4000 M.

**Alt-Heidelberg.**

**Galerie Sasse**

Schönleberhaus Jahnstraße 18

**Neue Werke**  
Paul Kapell — Stuttgart  
Willi Münch—Karlsruhe  
Erich Krause

10—4 So. 11—3

**BAUBUND-MÖBEL**

in bewährter Güte und reicher Auswahl zu angemessenen Preisen gegen Barzahlung oder auf Teilzahlung.

Eigene Verkaufsstellen:

KARLSRUHE, Karlsruhstr. 22  
FREIBURG, Kaiserstr. 27  
BRUCHSAL, Gewerhalle a. Markt  
PFORZHEIM Theaterstr. 15  
OFFENBURG, Steinstr. 2  
MOSSACH, Hauptstr. 12  
MANNHEIM, Schloß, rechter Flügel, Reitbahn

2.169

**BADISCHER BAUBUND G.M.B.H.**

Gemeinnütziger Möbelvertrieb  
Telephon 5157. Karlsruhe am Rondellplatz.

**Bürgermeisterstelle.**

In der Stadtgemeinde **Tauberbischofsheim** (Baden) — Amtsbezirk mit nahezu 4000 Einwohnern — ist die erledigte **Bürgermeisterstelle** mit einem **Berufsbürgermeister** alsbald neu zu besetzen. Geeignete Bewerber mit entsprechender Vorbildung und praktischer Befähigung werden ersucht, ihre Bewerbungen unter Angabe der Gehaltsansprüche, sowie Beifügung eines Lebenslaufs und der die Befähigung nachweisenden Zeugnisse bis **längstens 20. Mai l. J.** an den Gemeinderat einzureichen. Bewerber erhalten den Vorzug. Persönliche Vorstellung vorerst nicht erwünscht.  
Tauberbischofsheim, den 4. Mai 1923.  
Der Gemeinderat.

**Schularztstelle.**

Die dem Vorstand des Gesundheitsamts (Stadtarzt) nachgeordnete planmäßige Stelle des Schularztes im Hauptamt ist durch das Ableben des bisherigen Inhabers in Erledigung gekommen. Wir eruchen Bewerber aus der Zahl der praktischen Ärzte, welche ein Alter von nicht mehr als 40 Jahren erreicht haben, ihre Gesuche um Übertragung der Stelle unter Anfügen eines Lebenslaufs und unter Beifügung der nötigen Nachweise über ihre wissenschaftliche Ausbildung und praktische Betätigung spätestens bis **30. Mai 1923** bei uns einzureichen. Nachweis über die Ablegung der staatsärztlichen Prüfung für Baden ist erwünscht. Die Anstellung erfolgt nach den Vorschriften der Besoldungsordnung und der Dienstordnung für die Beamten der Stadt Freiburg in der Anfangsstellung nach Gruppe X mit Aussicht auf Vorrücken nach Gruppe XI. [2448]  
Der Stadtrat.

**Sport - Artikel**

jeder Art erhalten Sie gut und preiswert im

**Sporthaus Brannath**  
Karlsruhe Durlacher Tor

**Metallbetten**

Eisenbett, Kinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R frei.

Eisenmöbelfabrik Suhr (Thür.)

**Verchiedene Bekanntmachungen.**

**Wasserwerkung Büdingen (Amt Konstantz).**

Für die Herstellung eines Hochbehälters mit 200 cbm Nutzraum sind die Erds, Beton-, Eisenbeton- und Verputzarbeiten gemäß Finanzministeriumsbescheid vom 27. Juli 1922 öffentlich zu vergeben. [2972.1]  
Angebote hierfür sind bis spätestens 24. Mai, vorm. 11 Uhr, beschloffen und mit entsprechender Aufschrift versehen, beim Gemeinderat Büdingen einzureichen.

**Verdrude Können vom Gemeinderat Büdingen u. vom Bad. Kulturbauamt Konstantz bezogen werden.**

An beiden Stellen liegen Pläne und Bedingungen zur Einsicht auf.  
Konstantz, 2. Mai 1923.  
Bad. Kulturbauamt.

**Zum Umbau und Stodaufbau des Wärters-Albort- und Hauswirtschaftsgebäudes auf Station Rauminzsch haben wir öffentlich zu vergeben: Grab- und Maurerarbeiten (Baststeinmauerwerk 60 cbm, Niegelmauerwerk 300 qm), Steinmauerarbeiten (Gaufler 1,5 cbm), Zimmerarbeiten Lammholz 14 cbm, Schalung 200 qm), Blechmauerarbeiten (Abfallrohr 20 m), Verputzarbeiten (Wandbetup 1100 qm, Deckenputz 320 qm), Glaserarbeiten (Fenster 54 qm), Schreinerarbeiten (tannene Fußböden 210 qm), Schlosserarbeiten (Türenanschlagen 30 Stück, Balzenträger 800 kg), Tischlerarbeiten Leimfarbanstrich 1400 qm, Ölfarbanstrich 1000 qm). Pläne und Bedingungen liegen auf unserem Hochbaubüro im 2. Stock des Aufnahmehausbaus Karlsruhe zur Einsicht auf, wo auch Angebote von persönlich erscheinenden Bewerbern gegen Erlass der Selbstkosten in Empfang genommen werden können. Die Kosten für die Angebotsvorbrücke betragen für a) Maurerarbeiten 800 M., b) Zimmerarbeiten 400 M., c) Blech-, Schreiner- und Schlosserarbeiten je 300 M., d) Steinmauer-, Verputz-, Glaser- u. Tischlerarbeiten je 200 M. Die Zufendung der Unterlagen nach auswärts findet**

**Zentral-Güterrechts-Register für Baden.**

**Achern.** E.113 Güterrechtsregister eintrag Band II Seite 324 Müller, Wilhelm, Kaufmann zu Achern, und Anna geb. Hermann, Dreher, und Lina Theresia geb. Kramer in Mannheim-Heinaubach. Durch Vertrag vom 22. August 1922. Gütertrennung.  
Achern, 30. April 1923.  
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

**Lahr.** E.114 Güterrechtsregister eintrag: Infolge rechtskräftiger Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen des Scheinermeyers Friedrich Klump in Dinglingen am 4. Juli 1922, ist gemäß § 1419 B.G.B. Gütertrennung eingetreten.  
Lahr, 2. Mai 1923.  
Bad. Amtsgericht.

**Mannheim.** E.52 Zum Güterrechtsregister Band XV wurde heute eingetragen:  
1. Seite 75: Helfrich, Hermann, Postbedienter, und Johanna geb. Heres in Mannheim. Durch Vertrag vom 5. September 1922 ist Ertragsgemeinschaft vereinbart. Vorbehaltsgut der Frau ist ihr in § 2 bezüglicher Vermögen und Rentenanspruch, ferner alles, was sie unentgeltlich durch Zuwendung unter Lebenden, oder von Todeswegen erwirbt.  
2. Seite 76: Kempf, Friedrich, Lokomotivführer, und Elisabeth geb. Götz in

Samstag, den 12. Mai 1923, vormittags 11 Uhr, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. S.87

Karlsruhe, 2. Mai 1923.  
Bahnbaupolizei 2.

**Mannheim-Käfertal.**

Durch Vertrag vom 17. April 1923 ist Gütertrennung vereinbart.  
3. Seite 77: Welfer, Hermann, Dreher, und Lina Theresia geb. Kramer in Mannheim-Heinaubach. Durch Vertrag vom 19. April 1923 ist Gütertrennung vereinbart.  
4. Seite 78: Herzog, Johannes, Tagelöhner, und Josefina geb. Gröber in Mannheim - Sandhofen. Durch Vertrag vom 21. April 1923 ist Gütertrennung vereinbart.  
Mannheim, 28. April 1923.  
Bad. Amtsgericht B.G. 4.

**Neckarbischofsheim.** E.115 Güterrechtsregister eintrag Band I, Seite 210: Hermann Grüne, Kaufmann zu Weibstadt, und Anna geborene Herzhoff. Im Ehevertrag vom 31. Juli 1920 wurde Gütertrennung vereinbart.  
Neckarbischofsheim, den 20. April 1923.  
Bad. Amtsgericht.

**Wolfsach.** E.133 In das Güterrechtsregister Band II, Seite 438, wurde eingetragen: Werner, Hermann, Schuttmacher in Oberwolfach und Luise geb. Heilmann. Vertrag vom 23. April 1923 Gütertrennung zufolge Aufhebung der Gütergemeinschaft gemäß § 1436 B.G.B.  
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.